

# Verwaltungsgemeinschaft Polling



Polling

Mitgliedsgemeinden:



Oberneukirchen

Gegendarstellung der Verwaltungsgemeinschaft Polling zum Artikel im Mühldorfer Anzeiger vom 23.12.2023 - „Mundtot machen? Pollings Bürgermeister geht rechtlich gegen Gemeinderäte vor“-

## Vom „Täter zum Opfer“

Seit Wochen wird von den Gemeinderäten Stefan Mooshuber, Thomas Jobst und Lena Koch der Versuch unternommen, mit unwahren Aussagen in Bezug auf ein schlechtes Arbeitsklima, massiven Kündigungswellen in der Verwaltungsgemeinschaft und mangelnde Personalführung das Ansehen der Verwaltungsgemeinschaft Polling, des Verwaltungsgemeinschaftsvorsitzenden und der Verwaltungsleitung in Misskredit zu bringen. Zudem wurde die Verwaltungsleitung von Gemeinderat Thomas Jobst in der Öffentlichkeit der Lüge bezichtigt. Neben der Schadenszufügung der Verwaltungsgemeinschaft und der Gemeinde Polling als solches, gipfelte dies in ehrverletzenden Persönlichkeitsverletzungen in der Öffentlichkeit gegenüber mir als Verwaltungsgemeinschaftsvorsitzenden und der Verwaltungsleitung.

Um Schaden abzuwenden, sah sich die Verwaltungsgemeinschaft, vertreten durch mich als Verwaltungsgemeinschaftsvorsitzenden, aber auch die Verwaltungsleitung gezwungen, anwaltlichen Rechtsschutz in Anspruch zu nehmen.

Die vorher genannten Gemeinderäte wurden durch Unterlassungserklärungen aufgefordert, künftig unwahre Behauptungen und Aussagen in Bezug auf ein schlechtes Arbeitsklima bzw. schlechte Arbeitsbedingungen, massive Kündigungswellen, mangelnde Personalführung und in Bezug auf Gemeinderat Thomas Jobst den Vorwurf der Lüge zu unterlassen. Diese Unterlassungserklärungen sind kostenbewehrt.

Auch dem Landratsamt Mühldorf a. Inn, als Vertreter des Freistaates Bayern, liegt hinsichtlich der unzulässigen Überprüfung der Personalführung bei der Durchführung einer überörtlichen Rechnungsprüfung und Rechtsaufsicht eine Klage der Verwaltungsgemeinschaft Polling vor.

Die vorher genannten Gemeinderäte machen sich nunmehr vom Täter zum Opfer. „Warum ist da so viel Wut da?“, äußert sich die Gemeinderätin Lena Koch im Artikel - Mundtot machen? Pollings Bürgermeister geht rechtlich gegen Gemeinderäte vor“-.

Nachdem wohl nun doch die Erkenntnis reift, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltungsgemeinschaft zufrieden sind und sich keine Einmischung von außen wünschen, wird jetzt der Versuch unternommen, mit einer Personalfluktuatation im Kindergarten gegen den Verwaltungsgemeinschaftsvorsitzenden und der Verwaltungsleitung ins Feld zu ziehen. Damit will man wohl getroffene falsche Aussagen kurzfristig nochmal richtigstellen. Es hätte ausgereicht, bei anderen Kommunen nachzufragen, welchen Bewegungen am Arbeitsmarkt der Personalbereich in Kinderbetreuungseinrichtungen ausgesetzt ist. Dies hat mit Polling nichts zu tun.

Anscheinend ist den Gemeinderäten jeglicher Bezug zur Realität entglitten. Wer unwahre Behauptungen in die Welt setzt, muss auch dafür geradestehen. Es reicht nicht aus, sondern zeigt nur die mittlerweile vorherrschende Praxis, andere Personen auf Basis von (unwahren) Behauptungen, ohne Nachweis, in der Öffentlichkeit in Misskredit zu bringen.

Das sich hier, wie so oft, der Zusammenarbeit des vertrauten Redakteurs Josef Enzingers (Ehemann von Kathrin Enzinger, Stadträtin Mühldorf Fraktion Grüne) des Mühldorfer Anzeigers bedient wird, zeigt nur die zielgerichtete Vorgehensweise. Eine objektive Berichterstattung sieht anders aus.

Gemeindeordnung und Verwaltungsgemeinschaftsordnung geben den Verwaltungsgemeinschaftsräten und Gemeinderäten umfangreiche Kontrollrechte. Diese Kontrollrechte berechtigen zur kritischen Äußerung, keinesfalls aber zu unwahren Behauptungen und ehrverletzenden Äußerungen in Bezug auf andere Personen in der Öffentlichkeit. Vor diesem Hintergrund ist es geradezu grotesk, wenn Frau Koch dazu auffordert, dass Mitarbeiter (ehemalige?) das Wort erheben sollen.

Polling, 23.12.2023



Lorenz Kronberger  
Verwaltungsgemeinschaftsvorsitzender